

WAHLPLATTFORM 2011

# Schweizer wählen SVP



Mein Zuhause –  
Unsere Schweiz



Die Partei des Mittelstandes

# So wollen wir die Schweiz

Wer die Schweizerische Volkspartei wählt, soll wissen, woran er ist. Die SVP spricht Klartext und steuert einen klaren, verlässlichen Kurs. Die von Ihnen gewählten Vertreter in den Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden boten in der Vergangenheit Gewähr, dass sie ihre Versprechen konsequent umsetzen. Genauso werden sie es in Zukunft halten und sich daran messen lassen.

## Die SVP setzt sich ein

- ▶ für eine sichere Zukunft in Freiheit und Wohlstand, für ein lebenswertes Zuhause in unserer schönen Schweiz;
- ▶ für einen sparsameren Staatshaushalt durch Senkung von Steuern, Gebühren und Abgaben für alle;
- ▶ für den schweizerischen Sonderfall mit den Säulen Souveränität, direkte Demokratie, immerwährende Neutralität, Föderalismus und Subsidiarität;
- ▶ für mehr Markt und weniger Bürokratie, für sichere Arbeitsplätze in unseren Unternehmen und Gewerbebetrieben;
- ▶ für die Begrenzung der Zuwanderung, damit unsere Schweiz lebenswert bleibt und wir uns nicht fremd im eigenen Land fühlen müssen;
- ▶ für eine weltoffene und selbstbewusste Aussenpolitik ohne Beitritt zu EU, EWR oder NATO;
- ▶ für den Schutz des Privateigentums und der Privatsphäre;
- ▶ für die härtere Bestrafung statt Verhätschelung der Kriminellen und für die Ausschaffung krimineller Ausländer.



# Einstehen für die Schweiz

Die Schweiz ist erfolgreicher und freier als andere Staaten. In der Schweiz haben die Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort. Die Schweiz bedeutet Qualität, Sicherheit und Vielfalt. Diese Stärken sind eine Folge des eigenständigen, schweizerischen Weges. Die Schweiz hat sich für die direkte Demokratie, für Unabhängigkeit und Neutralität entschieden. Eine eigene Währung bringt wirtschaftliche Stabilität, die Achtung der Privatsphäre schützt den Bürger und schafft Freiräume. Diese Vorteile und Errungenschaften der Schweiz gilt es zu verteidigen. Dazu muss die SVP die Wahlen 2011 gewinnen.

## Nein zum EU-Beitritt

Das Nein des Schweizer Volkes zum EWR 1992 ist einer der Hauptgründe, weshalb die Schweiz heute international so gut dasteht. Dennoch wollen zahlreiche Politiker und Beamte unser Land aus eigennützigen Motiven in die EU führen. Nach wie vor liegt das EU-Beitritts-gesuch der Schweiz in Brüssel. Die Schweizerinnen und Schweizer würden bei einem EU-Beitritt aber doppelt und dreifach bezahlen. Ein Beitritt zur EU würde die Abschaffung der direkten Demokratie, der Unabhängigkeit, der Neutralität und des Schweizer Fränkens bedeuten. Auch tiefere Löhne, mehr Arbeitslose, höhere Mieten, noch mehr Abgaben und Steuern sowie Milliardenzahlungen an Brüssel wären die Folge.

## Zuwanderung begrenzen

Szenarien des Bundes rechnen damit, dass in der Schweiz bis im Jahr 2035 bis zu 10 Millionen Menschen leben werden. Dies als Folge einer immer unkontrollierteren Zuwanderung. Die Politik von Bundesrat und Mitte-Links-Parteien im Bereich der Zuwanderung hat schwerwiegende negative Konsequenzen. Wichtige Qualitäten und Traditionen unseres Landes sind gefährdet. Zudem fühlen sich viele Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr sicher im eigenen Land. Nahezu

die Hälfte aller Verbrechen in der Schweiz wird durch Ausländer verübt. Diese Situation ist eine Konsequenz der unkontrollierten Masseneinwanderung und der laschen Strafen. Darum hat die SVP ihre Ausschaffungsinitiative lanciert: Wer als Ausländer mordet, vergewaltigt, raubt und Sozialwerke missbraucht, muss unser Land verlassen.

## Schweizer wählen SVP!

Die eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober 2011 entscheiden über die politische Ausrichtung der Schweiz in den kommenden Jahren: frei oder bevormundet, sicher oder gefährdet, volksverbunden oder abgehoben, heimattreu oder heimatmüde, für oder gegen die Schweiz. Die SVP kämpft für die Erzungenschaften und Qualitäten der Schweiz und gegen Missstände und Missbräuche. Wir stehen ein für die Unabhängigkeit und Neutralität, gegen einen EU-Beitritt, für die Begrenzung der Zuwanderung und für die Volksrechte. Dabei zählen wir auf Sie. Wenn Sie wie auch wir weiterhin für die Schweiz eintreten, empfehlen wir Ihnen die SVP – die Partei für die Schweiz.

Deshalb: Schweizer wählen SVP!



Nationalrat Toni Brunner,  
Präsident SVP Schweiz



# Zuwanderung begrenzen

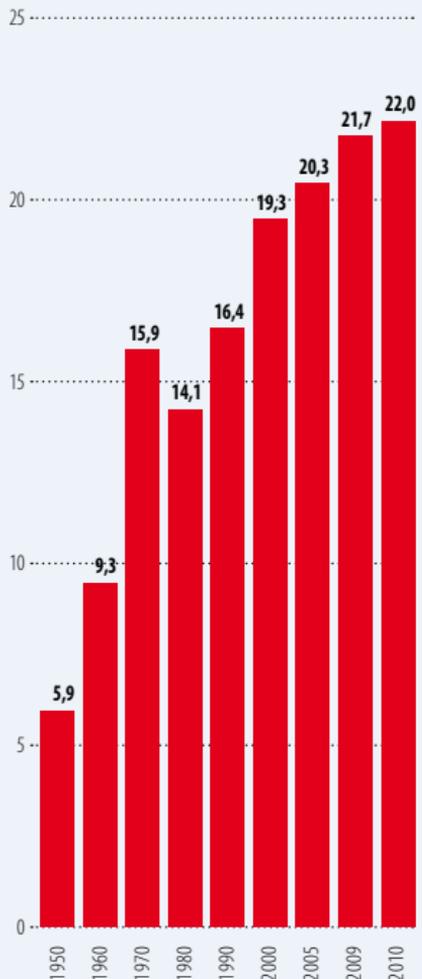
Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit und der Öffnung der Grenzen hat die Schweiz die Kontrolle über die Einwanderung aufgegeben. Es gibt kaum ein Land auf der Welt, in dem so viele Ausländer im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung leben wie in der Schweiz. Die Folgen für Infrastrukturen, Mieten, Bodenpreise, Raumplanung, Energieverbrauch, Schulen, Gesundheitswesen oder Sozialwerke sind gravierend.



## Steuerbarkeit wiederherstellen

Eine massvolle Zuwanderung kann während einer gewissen Zeit und in einer bestimmten Grössenordnung sinnvoll sein, um insbesondere für die Wirtschaft genügend Arbeitskräfte zu rekrutieren. Wichtig ist dabei, dass die Zuwanderung steuerbar bleibt und bei Bedarf zurückgefahren oder gestoppt werden kann. Dies ist heute nicht mehr der Fall. In den letzten vier Jahren sind offiziell über 330'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. Setzt sich dieser Trend längerfristig fort, übertreffen die negativen Folgen allfällige positive Effekte deutlich.

## Ausländeranteil seit 1950 in Prozent



Quelle: BFM

Rund 70% der Zuwanderung erfolgt heute aus den EU-Staaten. Sie lässt sich wegen der Personenfreizügigkeit nicht mehr beeinflussen. Diese Situation wird durch einen zu einfachen Familiennachzug aus

Drittstaaten, zahlreiche illegale Aufenthalter und erneut steigende Asylzahlen weiter verschärft. Um die Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen, sind die Personenfreizügigkeit mit der EU und das Schengen-Abkommen zu überprüfen und neu zu verhandeln. Illegale Aufenthalter sind konsequent wegzuweisen, und das Asylverfahren ist zu beschleunigen.

## Die Fakten:

Die Folgen der Personenfreizügigkeit und der offenen Grenzen zeigen sich immer deutlicher. Der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen Ein- und Auswanderungen, lag in den letzten vier Jahren bei über 1% der Gesamtbevölkerung, oder, in absoluten Zahlen, bei durchschnittlich über 83'000 Personen jährlich, die per Saldo zusätzlich in die Schweiz eingewandert sind und hier wohnen, arbeiten sowie Sozialwerke und Infrastrukturen nutzen. Der jährliche Zuwachs entspricht in etwa der Grösse der Stadt St. Gallen. In nur sechzig Jahren hat sich der Ausländeranteil in der Schweiz knapp vervierfacht. Betrug der Ausländeranteil 1950 noch 5,9%, stieg er bis 2010 explosionsartig auf 22% an. Tendenz weiter steigend! Keines unserer unmittelbaren Nachbarländer verfügt über einen so hohen Ausländeranteil wie unser Land.

Wohin diese Entwicklung führt, hat das Bundesamt für Statistik mit seinen Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz aufgezeigt. Je nach Szenario könnten im Jahr 2035 bis gegen 10 Millionen Leute in der Schweiz leben.

## Die SVP fordert:

- ▶ **Die Zuwanderung ist wieder zu steuern und sinnvoll zu begrenzen.**
- ▶ **Die Personenfreizügigkeit mit der EU und das Schengen-Abkommen sind neu zu verhandeln.**
- ▶ **Die negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit und der ungebremsten Zuwanderung auf die Mieten, Bodenpreise, Raumplanung und Infrastrukturen, die Schulen, die Arbeitslosigkeit und die Sozialwerke sind offenzulegen.**
- ▶ **Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten, sowie kriminelle Ausländer sind wegzuweisen.**
- ▶ **Das Asylverfahren ist zu beschleunigen.**



# Kriminelle härter anpacken

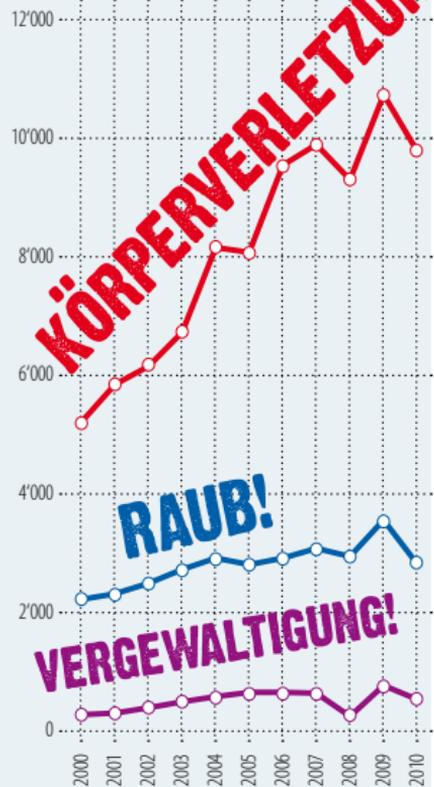
Sicherheit ist ein zentraler Standortfaktor. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat Anspruch auf Sicherheit zuhause und unterwegs. Doch heute kennt beinahe jeder in seinem Bekanntenkreis jemanden, bei dem eingebrochen oder der Opfer einer Gewalttat wurde. Die Täter sind häufig Ausländer. Das belegt auch die Statistik: Nahezu die Hälfte aller Straftaten wird von Ausländern verübt.



## Mehr Sicherheit für alle

Viele Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich nicht mehr sicher im eigenen Land. Nicht nur ältere Menschen trauen sich abends nicht mehr aus dem Haus: Viele Jugendliche kennen Anmache, Pöbeleien und Schlägereien im Alltag. Nahezu die Hälfte aller Verbrechen in der Schweiz wird von Ausländern verübt. Der Anteil ausländischer Straftäter bei vorsätzlichen Tötungsdelikten liegt bei 54%, bei Vergewaltigungen gar bei 57%! Auch der Anteil Ausländer bei Fällen von Sozialmissbrauch ist überdurchschnittlich hoch. Diese Situation ist eine Konsequenz der unkontrollierten Masseneinwanderung und der laschen Strafen in der Schweiz. Die Ausschaffungsinitiative wurde von den Schweizerinnen und Schweizern angenommen, da sie mehr Sicherheit, mehr Grenzen und vor allem kon-

## Entwicklung der Straftaten 2000 – 2010



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik



sequentes Durchgreifen erwarten. Mit der Ausschaffungsinitiative werden Ausländer, die in unserem Land schwere Verbrechen begehen, endlich konsequent ausgewiesen und mit einer Einreisesperre von mindestens fünf Jahren belegt. Der Bundesrat weigert sich nun, diesen Volkswillen korrekt umzusetzen und Ausschaffungen konsequent durchzuführen. Das Strafrecht und dessen konsequente Anwendung sind in einem Rechtsstaat von grundlegender Bedeutung: Es hält verbindliche Regeln für das Zusammenleben fest, regelt den Umgang der Staatsmacht mit Bürgern, die sich nicht an das Gesetz halten, und definiert Sanktionen, mit denen die Regelverletzungen geahndet werden. Die Strafe soll einerseits künftige Täter davor abschrecken, Straftaten zu begehen, andererseits soll sie das Bedürfnis von Opfern und Gesellschaft nach Sühnung von Untaten befriedigen.

Die Strafe kann diese entscheidende Aufgabe aber nur erfüllen, wenn sie auch wirklich einen straffenden Charakter behält. Für die SVP gilt dabei: Opferschutz vor Täterschutz! Die in den letzten 15 Jahren vorgenommenen Revisionen des Strafrechts sind in eine ganz andere Richtung gegangen. Die vom 68er-Gedankengut geprägte Linke hat zusammen mit den Mitte-Parteien Aufweichung um Aufweichung zugunsten der Täter vorgenommen, so dass unser Strafrecht heute immer mehr zur «Kuscheljustiz» verkommt.

## Die SVP fordert:

- ▶ **Die vom Volk angenommene Ausschaffungsinitiative ist ohne Wenn und Aber umzusetzen.**
- ▶ **Die heute praktizierte Kuscheljustiz ist aufzugeben und das Strafrecht zu verschärfen.**
- ▶ **Eine Haft muss wieder eine wirkliche Strafe werden.**
- ▶ **Der Opferschutz hat oberste Priorität.**
- ▶ **Jugendliche Straftäter sollen unter Angabe der Straftat automatisch an ihre Schullehrer und Ausbildner gemeldet werden.**

# Schweizer wählen SVP



**Stehen Sie gemeinsam mit der SVP  
für die Schweiz ein!**

Mit einer Spende auf das **PC 30-8828-5**  
unterstützen Sie die Politik der SVP.

Vielen Dank!

SVP Schweiz  
Generalsekretariat  
Postfach 8252  
3001 Bern  
Tel. 031 300 58 58  
Fax 031 300 58 59  
info@svp.ch

[www.svp-wahlen.ch](http://www.svp-wahlen.ch)



Die Partei des Mittelstandes



## Kein EU-Beitritt

Das Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Ein EU-Beitritt ist mit diesen Grundsätzen nicht vereinbar. Ebenso verpflichtet die Verfassung den Bundesrat dazu, dem politischen Druck aus anderen Staaten entgegenzutreten und die Interessen der Schweiz zu wahren. In den letzten Jahren hat er dies viel zu wenig getan.



### **Schweizer Interessen gehen vor**

Eine Mehrheit von Bundesrat und Parlament sähen die Schweiz lieber heute als morgen in der EU. Diese Kreise arbeiten zwar weniger offensichtlich als auch schon, aber nicht minder konsequent daran, die Schweiz in die EU zu führen. Sie weigern sich, das EU-Beitrittsgesuch in Brüssel zurückzuziehen, weil sie einen Beitritt wollen. Sie blenden die negativen Folgen eines EU-Beitritts ebenso aus wie die Nachteile verschiedener, mit der EU ausgehandelter Abkommen. Die Probleme mit der Personenfreizügigkeit, dem Schengener Abkommen oder der

Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips werden immer offensichtlicher. Der Bundesrat drängt jedoch auf weitere Abkommen. So will er beispielsweise den Agrarfreihandel mit der EU, der unserer Landwirtschaft massiven Schaden zufügen würde. Dass die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie mit den einmaligen Mitspracherechten des Volkes.

### **Nein zu schlechten Verträgen**

Die Salami-taktik der EU-Befürworter im Bundesrat, im Parlament und in der Verwaltung geht weiter. Der

Versuch von Bundespräsidentin Calmy-Rey und Wirtschaftsminister Schneider-Ammann, ein Paket Bilaterale III ohne klaren Beschluss des Bundesrates zu lancieren, ist ein klares Indiz für den weiterhin bestehenden Drang nach Brüssel. In diesem Paket soll es auch um

die zwingende Übernahme von EU-Recht und die Schaffung von entsprechenden Gerichts-, Auslegungs- und Überwachungsbehörden gehen. Die Schweiz würde damit noch weiter gehen als seinerzeit mit dem EWR. Das darf nicht hingenommen werden.

## Unverbesserliche EU-Turbos:

**«Die Nebs verlangt die sofortige Einleitung eines internen Prozesses, der die Schweiz für die EU-Mitgliedschaft vorbereitet.»**

*<http://www.europa.ch>*

**«Die SP Schweiz fordert als einzige Bundesratspartei die rasche Einleitung von EU-Beitrittsverhandlungen, damit die Schweiz nicht weiter an Souveränität verliert...»**

*<http://www.sp-ps.ch>*

**«Ich gehe davon aus, dass die Grünen sich immer noch mehrheitlich als EU-freundliche Partei verstehen.»**

*Ueli Leuenberger, Parteipräsident Grüne Partei Schweiz  
<http://www.nzz.ch> vom 6.8.2010*

**Die EU kündigt an, dass der bilaterale Weg für die Schweiz zu Ende gehe. «Jetzt müssen wir wieder über einen EU-Beitritt diskutieren.»**

*FDP-Nationalrätin Christa Markwalder  
<http://www.20min.ch> vom 20.7.2010*

## Die SVP fordert:

- ▶ Das hängige EU-Beitrittsgesuch ist endlich zurückzuziehen.
- ▶ Der Bundesrat muss der EU mitteilen, dass die Schweiz die Souveränität wahren will und deshalb keine institutionelle Bindungen eingeht und auch keine fremden Richter anerkennt.
- ▶ Es darf kein internationales Abkommen abgeschlossen werden, das für unser Land nachteilig ist.
- ▶ Einem Gesamtpaket Bilaterale III ist eine klare Absage zu erteilen.
- ▶ Es dürfen keine neuen Zusagen für direkte oder indirekte Zahlungen an die EU (Kohäsionszahlungen, IWF-Kredite usw.) gemacht werden.



## Volksrechte stärken

Begleitend zur Vorbereitung eines EU-Beitritts wollen Politiker und Professoren die Volksrechte einschränken und abbauen. Wenn es nach dem Bundesrat geht, sollen die Ungültigkeitsgründe für Volksinitiativen ausgeweitet und «Warnhinweise» auf Initiativbogen angebracht werden. Die gleichen Kreise hintertreiben die Umsetzung angenommener Volksinitiativen, z.B. der Ausschaffungsinitiative oder der Minarett-Initiative. Sie wollen dem Volk Rechte entziehen und dafür den Behörden und Gerichten mehr Macht einräumen. Für die SVP kommt dies nicht in Frage.



## **Bundesrat, Verwaltung und andere Parteien untergraben die Volksrechte immer mehr:**

- Das gesamte internationale Recht wird auf die Stufe des zwingenden Völkerrechts gesetzt und damit über die schweizerische Gesetzgebung gestellt. Folge: Vom Volk an der Urne getroffene Entscheide werden nicht mehr umgesetzt. Das aktuellste Beispiel ist die Verweigerung des Bundesrates die vom Volk angenommene Ausschaffungsinitiative umzusetzen und kriminelle Ausländer auszuschaffen.

- Der Bundesrat will die Ungültigkeitsgründe für Volksinitiativen erweitern und eine materielle Vorprüfung von Volksinitiativen mit «Warnhinweis» auf dem Initiativbogen einführen. Die Folge: Alle Initiativen, die dem Bundesrat nicht passen, erhalten einen Warnhinweis.

- Der Bundesrat will die Verfassungsgerichtsbarkeit einführen und nimmt damit die Verpolitisierung der Justiz in Kauf. Folge: Die Justiz statt das Volk hat das letzte Wort bei Gesetzesänderungen.

### **Initiativrecht schützen**

Der Bundesrat möchte in Zukunft Volksinitiativen, die «den Kerngehalt der verfassungsrechtlichen Grundrechte» verletzen, für ungültig erklären. Könnte es mit einer Initiative zu einem möglichen Konflikt mit irgendeinem internationalen Abkommen oder irgendwelchem, nicht zwingendem Völkerrecht kommen, soll auf dem Initiativbogen ein «Warnhinweis» angebracht werden. Dies ist ein Schritt mehr auf dem Weg zu

einem Abbau der Volksrechte. In die gleiche Richtung geht die Weigerung, vom Volk angenommene Volksinitiativen umzusetzen, wie dies zurzeit mit der Ausschaffungsinitiative versucht wird. Lieber entschuldigt sich der Bundesrat im Ausland für sein Volk, wie nach der Minarett-Initiative. Das Volk soll immer weniger zu sagen haben, damit die Eliten ihre Fantasien in der EU und in internationalen Organisationen ausleben können.

## Wichtige Volkswahl

Eine Stärkung der Volksrechte stellt hingegen die Volkswahl des Bundesrates dar. Die SVP will mit der Volkswahl des Bundesrates die Demokratie auf Bundesebene entscheidend vervollständigen. Dies soll wie bei den meisten Kantonsregierungen oder wie bei den meisten Gemeinderäten im Majorzsystem und unter Garantie von mindestens zwei Sitzen für die lateinische Schweiz geschehen. Die Bevölkerung wird ihre Regierung im Gegensatz zum Parlament ohne eigennützige, kleinkarierte Ränkespiele, parteipolitische Intrigen und Hintertreppenabsprachen wählen. Die vom Volk gewählten Bundesräte würden verstärkt die Volksinteressen vertreten. Umgekehrt wäre die Bevölkerung vermehrt für die Regierung verantwortlich und könnte nicht mehr einfach sagen: «Die da

oben machen ja doch, was sie wollen.» Aus all diesen Gründen wird die Volkswahl des Bundesrates den politischen Zustand der Schweiz verbessern. Dank der SVP wird das Schweizer Volk in der kommenden Legislatur an der Urne über die Volkswahl des Bundesrates entscheiden können.

## Die SVP fordert:

- ▶ **Ein Abbau der Volksrechte und eine willkürliche Einflussnahme auf Volksinitiativen durch die Behörden darf unter keinen Umständen hingenommen werden.**
- ▶ **Die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger sind konsequent zu verteidigen.**
- ▶ **Die Volkswahl des Bundesrates bringt eine sinnvolle Stärkung und Vervollständigung der direkten Demokratie.**
- ▶ **Von den Behörden ist zu verlangen, dass sie sich hinter unser Rechtssystem stellen, statt ständig fremdes Recht nachzuvollziehen.**
- ▶ **Auf eine Verfassungsgerichtsbarkeit ist zu verzichten.**



## Licht in die Dunkel- kammer Ständerat

Der Ständerat war früher ein bürgerlich geprägtes Bollwerk der Stabilität. In den letzten Jahren ist der Ständerat jedoch stark europhil und heimatmüde geworden. Die SVP hat sich zum Ziel gesetzt, aufzuzeigen, wofür der Ständerat steht. Dazu braucht es zuerst einmal die nötige Transparenz über die Haltungen und das Stimmverhalten der Standesvertreter in Bern. Die SVP strebt zudem mittelfristig eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Ständerat an.

## Nach links gerutscht

Der Ständerat ist in den letzten Jahren nach links gerutscht. War die kleine Kammer früher in vielen Fragen ein «sicherer Wert», der Fehlentscheide des Nationalrates in bürgerliche Richtung korrigierte, hat sich die Situation heute grundlegend verändert. Die Folgen dieser unbefriedigenden Situation wurden in der laufenden Legislatur in vielen Fragen sichtbar. So lehnte der Ständerat beispielsweise die meisten Versuche ab, das Strafrecht zu verschärfen und die Einwanderung einzudämmen. Gleichzeitig beantragte er die Benzinpreise um 30 Rappen zu erhöhen, die Armee zur Piratenbekämpfung ans Horn von Afrika zu schicken und illegal Anwesende mehr und mehr zu legalisieren.

## Offenlegung des Stimmverhaltens

In der kommenden Legislatur wird insbesondere die Frage, ob die Schweiz die eigene Zukunft selbst bestimmt oder sich der EU unterordnet, von zentraler Bedeutung sein. Alle anderen Parteien drücken sich um klare Positionen zur EU-Frage. Die SVP erachtet es als dringende Aufgabe, dafür zu sorgen, dass kein wie auch immer ausgestalteter Kolonialvertrag mit der EU abgeschlossen wird. Um dieses

Ziel zu erreichen, braucht es mehr SVP im Ständerat. Um mehr Licht in die «Dunkelkammer Ständerat» zu bringen, hat die SVP-Fraktion die Offenlegung des Stimmverhaltens im Ständerat verlangt, damit die Bürgerinnen und Bürger sehen, wie sie von ihren Ständeräten in Tat und Wahrheit vertreten werden. Die SVP kämpft für mehr Offenheit und Transparenz im Ständerat, damit dieser nicht weiter nach links und in Richtung EU rutscht.

## Mehr SVP im Ständerat

Die SVP wird im Hinblick auf die Ständeratswahlen 2011 in möglichst vielen Kantonen mit eigenen Kandidaten antreten. Die Kandidaten der SVP für den Ständerat stehen für eine heimatverbundene Politik zugunsten der Unabhängigkeit der Schweiz ein.

## Die SVP fordert:

- ▶ **Das Stimmverhalten der Ständeräte muss wie im Nationalrat offengelegt und für jeden Bürger einsichtig sein. Das schafft mehr Transparenz und Vertrauen.**
- ▶ **Die Ständeräte sollen sich mehr um die Politik als um ihre Lobbyaufträge kümmern.**

# SVP – die tun was!

- Ich werde Mitglied der SVP.
- Gerne erhalte ich weitere Informationen über die SVP.
- Gerne erhalte ich weitere Informationen zum Thema:
- .....

- Ich unterstütze die SVP in ihrem Ziel,  
für die Schweiz einzustehen, und überweise Fr. ....  
auf das **PC 30-8828-5**. Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein.  
IBAN-Nr: CH83 0023 5235 8557 0001 Y

## Absender:

Name / Vorname

.....

Strasse

.....

PLZ / Ort

.....

Telefon

.....

E-Mail

.....

Datum / Unterschrift

.....

Bitte zurücksenden an:

SVP Schweiz  
Generalsekretariat  
Postfach 8252  
3001 Bern  
Tel. 031 300 58 58  
Fax 031 300 58 59  
info@svp.ch

[www.svp-wahlen.ch](http://www.svp-wahlen.ch)



Die Partei des Mittelstandes